

Geschäftsbericht des Landrates Aktuelles zum Kreistag am 26.9.2018

1.

Die in diesem Jahr zu beklagenden Witterungsbedingungen haben drastische Auswirkungen auf das Ertrags- und Qualitätsniveau der landwirtschaftlichen Lebensmittel- und Futtermittelerzeugung und damit letztlich auch auf die wirtschaftliche Situation der landwirtschaftlichen Unternehmen.

Prekär ist insbesondere Situation bei den Tierhaltern, da Engpässe bei der Futtermittelbereitstellung zu erwarten sind. Aktuell können die Landwirte noch auf die Futtermittelreserven aus 2017 zurückgreifen. Wenn diese aufgebraucht sind, wird es eng, da wir einen Komplettausfall des zweiten Schnitts konstatieren müssen. Einzelne Betriebe haben über Notverkäufe im Tierbestand nachgedacht, diese aber aufgrund der schlechten Verkaufspreise im Landkreis bislang nicht realisiert. Bei ungeschmälerter Aufrechterhaltung der Tierbestände müssen Futterzukäufe für den Winter einkalkuliert werden, sodass sich die finanzielle Belastung der Landwirte weiter erhöht.

Auch die notwendige Aussaat des Wintergetreides sowie des Raps hat sich verzögert, da die Feuchtigkeit im Boden fehlte.

Nach den Erhebungen des Landwirtschaftsamtes, welches die Ertragslage fortlaufend registriert, ergibt sich eine Minderung der Erträge von 25 % gegenüber dem Vorjahr. 25 % das klingt zunächst noch nicht dramatisch, wir erinnern uns aber alle noch an das Jahr 2017 und die zum Teil unter Wasser stehenden Äcker, was dazu führte, dass bereits im Vorjahr große Ernteeinbußen hinzunehmen waren.

Wenn man das alles in Rechnung stellt dann ergibt sich für das Jahr 2018 im Vergleich zum Durchschnitt der letzten fünf Jahre ein Ernteausfall von nahezu 40 %.

Der finanzielle Schaden kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur grob beziffert werden, da zum einen die Aufkaufpreise gegenüber 2017 teilweise um 25 % gestiegen sind und dieser Umstand in die Schadensberechnung einfließen muss.

Das Landwirtschaftsamt schätzt überschlägig den Schaden für Getreideauffälle mit grob 7,2 Millionen €. Bei den Futterpflanzen geht man von ca. 6,8 Millionen € Schaden innerhalb des Landkreises Oder-Spree aus.

Das muss uns auch hier im Kreistag alle beschäftigen, da die Landwirtschaft eine strukturbestimmende aber auch sensible Säule im wirtschaftlichen Gesamtgefüge unseres Landkreises ist. Die hier verwurzelten Betriebe leisten weit mehr als die Erzeugung und Veredlung landwirtschaftlicher Produkte. Sie bestimmen ganz wesentlich die soziale Struktur und die Entwicklung der ländlichen Räume. Sie prägen das Leben und das Miteinander in unseren Dörfern. Die Verbundenheit der Bürger mit unseren Betrieben aber auch die kulturprägende Rolle der Betriebe ist uns in den zurückliegenden Monaten deutlich vor Augen geführt worden, wir nehmen sie wahr bei den Erntefesten, bei den Bauernmärkten, bei der Landpartie, beim Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft". Hier zeigt sich die hohe Gemeinschaft und Sinn stiftende Wirkung des landwirtschaftlichen Sektors in unserer Region.

Darüber hinaus pflegen und erhalten die Agrarbetriebe unsere reichhaltige und artenreiche Kulturlandschaft.

Und Jahrhunderte bevor der Begriff Nachhaltigkeit in die umweltpolitische Debatte getragen wurde, da betrieben Generationen von Landwirten ihre bäuerliche Praxis genau nach diesem Prinzip. Das ist ganz alltagspraktischer angewandter Umweltschutz in dem Bestreben, auch der nächsten Generation eine ungeschmälerte Lebensgrundlage zu erhalten. Nachhaltigkeit ergibt sich aus empfundener Verantwortung. Dazu bedarf es aber einer heimatlichen Bindung an Land und Leute.

Es ist sicher auch wichtig:

Jede Struktur und jede betriebliche Praxis muss sich auch einer kritischen Betrachtung stellen. Und genau dies findet ja auch hier in diesem Hause statt, wenn ich an die Regelverletzungen einer guten fachlichen Praxis in der Tierhaltung denke, die auch jetzt im Kreistag zur Sprache gekommen sind. Wie stellen wir uns auf die klimatischen Veränderungen ein. Aber wir sollten hinter problematischen Details, die wir zu bearbeiten haben, nicht das Große und Ganze aus dem Auge verlieren.

Ökonomische Erschütterungen unserer Betriebe bleiben nicht ohne Auswirkungen für uns alle.

Betriebsaufgaben und Insolvenzen würden, wie anderenorts bereits zu beobachten, auch unsere Region unweigerlich in die Hände von Renditejägern und Spekulanten treiben. Was dabei am ehesten zerstört wurde, ist die Verbundenheit und das Vertrauen zwischen den Betrieben und ihrer dörflichen Umgebung. Und damit ein Stück weit Verantwortung. Weder die betrieblichen Zielsetzungen noch die betriebliche Praxis ließen sich von uns in dem Grade beeinflussen, wie wir das heute im

ständigen Dialog mit den Betrieben aber auch über die berufsständische Organisation, den Kreisbauernverband Oder-Spree, tun können.

Am Ende stünde eine Landwirtschaftsfernsteuerung aus einer anonymen Konzernzentrale, bei der wir Landwirtschaft nicht mehr als regional beeinflussbare betriebliche Praxis sondern nur noch als Schicksal erfahren.

Diese Konzentrationsprozesse erkennen wir überall - alles was Nutzen stiftet wird von findigen Ökonomen selbstverständlich sofort in ein Geschäftsmodell/Geldanlagemodell eingesponnen. Wir sehen das bei der Windkraft / bei Biogasanlagen im großen Stil.

Dieselben Mechanismen würden sich im landwirtschaftlichen Bereich ähnlich vollziehen, d. h. die tatsächliche Wertschöpfung findet zwar weiterhin dort statt, wo die natürlichen Bedingungen das zulassen, aber eben nach anderen, ausschließlichen betriebswirtschaftlichen Maßgaben - und der finanzielle Ertrag wird steueroptimiert an geeignete Orte im Konzernverbund bzw. an den Firmensitz verlagert.

Wir werden diese Entwicklung aus der Perspektive unserer Fachverwaltung - aber gemeinsam mit dem Kreisbauernverband sehr sorgfältig beobachten und wir sollten diese Beobachtungen und die Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen, auch in einen kommunalpolitischen Willen ummünzen.

Einem Landkreis, wie dem unseren, steht es gut zu Gesicht, sich sehr vernehmlich hier an die Seite unserer landwirtschaftlichen Betriebe zu stellen.

Wenn wir es mit der Wirtschafts- und Strukturförderung ernst meinen, dann sollten wir hier unterstützend zur Stelle sein. Insofern begrüßen wir die Hilfe von Seiten des Bundes, aber auch des Landes Brandenburg. Beide Ebenen sollten sich aber vor Augen halten, wer schnell hilft, hilft doppelt.

Und denjenigen, die hier eine missgünstige Diskussion um Kappungsgrenzen und angeblich ungerechtfertigte Zahlungen an die Landwirtschaft anzetteln, sollte einmal vor Augen geführt werden, inwieweit sie selbst die Solidarität unserer sozialen Gemeinschaft in Anspruch nehmen - von der Kita bis zur Rente und von der Wasserleitung bis zu einer ausgebauten Infrastruktur.

Erste Unterstützungsansätze gewinnen Konturen etwa:
Dass Brachflächen zur Futternutzung freigegeben worden sind,
dass das Land bei landeseigenen Flächen die Pachtzahlungen stundet,
dass steuerliche Maßnahmen durch die Finanzämter erfolgen.

Hier ist besonders hervorzuheben die Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg, die Vorsorgerückstellungen für krisenhaften Erscheinungen in einem bestimmten Umfang steuerfrei zu stellen, und auch die Beantragung von Kurzarbeitergeld nach dem SGB III für witterungsbedingte Arbeitsausfälle kann hier Erleichterung schaffen.

2.

Wir werden uns aber auch durch die aktuellen Probleme in der Agrarwirtschaft nicht von der Pflege kultureller Traditionen abhalten lassen. Sie sehen hier auf dem Treppenpodest die Erntekrone. Wir haben sie auch als deutliches Zeichen unserer Verbundenheit mit unseren Agrarbetrieben hier im Kreistag platziert. Und mit ähnlichem Tenor hat der Präsident des Landesbauernverbandes, Henrik Wendorff, das auch in Neuzelle ganz klar auf den Punkt gebracht. Das Landeserntefest stehe eben auch in der Tradition sozialer Tugenden wie der Dankbarkeit. Und deshalb müsse man auch in einem Jahr, in dem die Ernte vielen Kopfzerbrechen bereite, gleichwohl Dankbarkeit empfinden für das, was man von den Äckern noch hat bergen können.

Und ich denke, Dankbarkeit sollten wir auch dafür empfinden, dass wir alle in einer Gesellschaft leben, in der Solidarität und sozialstaatliches Denken einen hohen Rang genießen und in der diejenigen, die in existenzielle Schwierigkeiten kommen, nicht allein gelassen werden.

Das Landeserntefest in Neuzelle fügte sich nahtlos in den Reigen der vielfältigen Veranstaltungen im Jubiläumsjahr "750 Jahre Kloster Neuzelle" ein. Es war ein kultureller Höhepunkt - und ich habe bei meinen zahlreichen Gesprächen mit vielen Bürgern auch nur lobende Worte über das Programm und die perfekte Vorbereitung gehört. Deshalb auch noch mal von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön an die Neuzeller für diese großartige Werbebotschaft, die sie mit dem Jubiläum, mit der Neugründung des Klosters und der Wiederansiedlung der Zisterziensermönche und dem Landeserntefest in das Land Brandenburg gesandt haben. Und was den Umzug anbelangt, da haben wir zwei Akteure leibhaftig unter uns: Herr Noack! Herr Kaufmann! - nochmals unser aller Anerkennung auch für Ihr einzigartiges ganz persönliches Engagement.

3.

An dieser Stelle fällt es leicht, einen Bogen zum Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ zu schlagen. Dieser Wettbewerb zeigt, dass der ländliche Raum dort eine Zukunft hat, wo Menschen bereit sind, ihre Heimat aktiv mitzugestalten, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und ein attraktives Lebensumfeld zu schaffen.

Deshalb haben Frau Teltewskaja und ich an der diesjährigen Siegerehrung im Landeswettbewerb in Sauen, der Siebergemeinde des zurückliegenden Bundeswettbewerbs, teilgenommen und konnten die niedersorbische Gemeinde Dissen aus dem Nachbarkreis Spree-Neiße aber auch den Zweitplatzierten, den Ort Garlitz im Landkreis Havelland zu ihrem diesjährigen Erfolg beglückwünschen.

4.

Die langanhaltende Trockenheit barg natürlich eine ständige akute Brandgefahr in sich, die sich an vielen Stellen auch realisierte und zahlreiche Brände auf Feldern und in Wäldern auslöste. Dies bedeutete eine ganz besondere Herausforderung für die Feuerwehren - auch über Landkreisgrenzen hinweg.

Wir hatten hier im Landkreis neben kleinen Feuern insbesondere mit dem Feldbrand in Limsdorf aber auch einem Waldbrand in Bad Saarow zu tun und waren darüber hinaus in den großen Waldbrand in die Nähe von Treuenbrietzen aber auch in der Lieberoser Heide einbezogen. Der Brand bei Treuenbrietzen war von besonderer Qualität, weil hier bedrohte Ortslagen geschützt werden mussten und sich insbesondere die Wasserversorgung als ausgesprochen kompliziert darstellte.

Zur Unterstützung der Feuerwehren im Landkreis Potsdam-Mittelmark war am 24. und 28. August die Brandschutzeinheit des Landkreises Oder-Spree mit jeweils 113 Kräften im Einsatz.

Beteiligt waren mit ihren Fahrzeugen die Ortswehren Schöneiche, Fürstenwalde/Spree, Müllrose, Neuzelle, Brieskow-Finkenherd, Beeskow, Bad Saarow, Markgrafpieske, Lindenberg, Berkenbrück, Arensdorf, Friedland, Storkow, Pfaffendorf, Groß Eichholz, Grünheide, Heinersdorf und der THW-Ortsverband Fürstenwalde/Spree.

Darüber hinaus waren auch ein Krankentransportwagen der Johanniter-Unfall-Hilfe mit zwei Einsatzkräften und die Sondereinsatzeinheit „Verpflegung“ vor Ort. Zudem wurde Personal für den Funkbetrieb bereitgestellt.

Es zeigte sich, dass sowohl die Feuerwehren als auch die Hilfsorganisationen bei Gefahrenlagen in ein verlässliches Hilfeleistungssystem eingebunden sind, das unabhängig von Kreisgrenzen funktioniert.

Was in diesem Jahr aber besonders ins Auge fällt, ist die zeitliche Inanspruchnahme, die schnelle Aufeinanderfolge der Einsätze, die wir den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren und den übrigen

ehrenamtlichen Helfern zugemutet haben. Denn mit jeder Anforderung und Freistellung greifen wir natürlich in betriebliche Abläufe beim Arbeitgeber ein, und derjenige, der das zu regeln hat ist nicht der Landrat oder der Kreisbrandmeister, sondern jeder einzelne Feuerwehrkamerad und -kameradin. Und wir wissen alle, unter welchem Druck gerade Handwerksbetriebe im Moment stehen.

Ich kann mir gut vorstellen, dass die Gespräche über die Einsätze, wenn sie in dieser engen Taktfolge erforderlich werden, manchmal recht nervenaufreibende Diskussionen für beide Beteiligten zur Folge haben. Und auch die Familien sind gefordert. Da bleibt vieles liegen. Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus nochmals ganz ausdrücklich auch im Namen des Kreistages allen Beteiligten unsere hohe Anerkennung, unseren Respekt vor der gezeigten Leistung und ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen und nicht zuletzt den Betrieben für ihr Verständnis danken. Und ich bin mit dem Kreisbrandmeister Klaus-Peter Schulz und auch dem zuständigen Beigeordneten Michael Buhrke übereingekommen, dass wir diese Einsatz- und Opferbereitschaft und die persönlichen Belastungen, die das für die Familien mit sich bringt, auch noch in einer gesonderten Veranstaltung gebührend würdigen möchten.

5.

Ein weiteres Problem, was u.a. auch auf die Landwirtschaft zusteuert und welches uns aktuell sehr stark beschäftigt, ist die Afrikanische Schweinepest. Mit Besorgnis haben wir die Nachricht aufgenommen, dass in Belgien- etwa 60 km von der deutschen Grenze entfernt - infizierte Wildschweine tot aufgefunden wurden. Diesbezüglich wird inzwischen allerdings von der Annahme ausgegangen, dass der Fund in Belgien auf einen Erstausbruch nach Neueinschleppung hinweist, da sich keine Anhaltspunkte dafür finden ließen, dass ASP bereits latent im Schwarzwildbestand in Belgien vorhanden ist.

So verhält es sich auch im Landkreis Oder-Spree, bislang konnte kein Untersuchungsfall mit dem Erreger festgestellt werden.

Bis zum 31.7.2018 wurden 407 Proben mit negativem Befund getestet.

Sie wissen, dass aufgrund der Gefahrensituation im Landkreis eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die bereits seit Februar mit ASP beschäftigt ist. In diesem Rahmen wurde am 22.8.2018 ein sogenannter Stresstest an einem fiktiven Fall simuliert, um so durch Einbindung aller handelnden Personen eine schnellstmögliche Lösung zu finden und etwaige Schwachstellen aufzuzeigen. Die aus dem Test gewonnenen Schlussfolgerungen finden unverzüglich Eingang in unsere präventive Maßnahmeplanung.

6.

Das Carl-Bechstein-Gymnasium hat seinen Schulbetrieb nach dem Abschluss der Baumaßnahmen zum neuen Schuljahr planmäßig aufgenommen. Am 18.10.2018 wird es eine offizielle Eröffnungsveranstaltung geben.

Mit dem Schulneubau in Erkner konnte eines der bedeutendsten Bauvorhaben in der 25-jährigen Landkreisgeschichte erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, was uns gemeinsam mit der Stadt Erkner und ihren Bürgern mit einem freudigen Gefühl erfüllt. Deshalb ein besonderer Dank an den Hochbaubereich und insbesondere an Frau Diener, die dieses Bauvorhaben von Anfang bis Ende fachlich verantwortet hat.

Erfreulicherweise haben auch die Abbrucharbeiten der ehemaligen Spree-Oberschule Fürstenwalde begonnen, so dass die Realisierung des geplanten Schulzentrums, welches den Neubau einer Oberschule mit Primarstufe und einer Zweifeld- Sporthalle umfasst, angelaufen ist. Der Fördermittelbescheid in Höhe von 8 Millionen € liegt vor.

Wir hoffen, dass der Neubau nicht durch einen frühen Wintereinbruch bzw. lang andauernden Winter in größeren Verzug gerät.

7.

Mit dem Fuchsbau in Petersdorf haben wir eine grundlegend sanierte bedarfsdeckende Gemeinschaftsunterkunft für die Unterbringung geflüchteter Menschen in Betrieb genommen. Die Einrichtung wird nunmehr Zug um Zug belegt. In diesem Zusammenhang werden Migranten, die bislang in der Gemeinschaftsunterkunft an der Langewahler Straße in Fürstenwalde untergebracht waren, in die neue Unterkunft umziehen. Etwa die Hälfte von ihnen hat sich allerdings entschieden, künftig selbstbestimmt in eigenen Wohnungen leben zu wollen.

Für die Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft war im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung der Betreiber European Home Care GmbH aus Essen als erfolgreicher Bieter hervorgegangen.

Verschiedentlich wurde seitens der Politik bedauert, dass kein hiesiger Anbieter den Zuschlag erhalten hat. Das bedaure ich auch, aber nicht die Verwaltung schreibt die Angebote, sondern die Träger. Das Vergaberecht gibt strikt vor, dass sich das inhaltlich stärkste Konzept und der insoweit preiswürdigste Anbieter in einem objektiven Verfahren durchsetzen.

Ein solches wurde von der Verwaltung sehr präzise durchgeführt, sodass nach Auswertung der Angebote im Preis Leistungsvergleich der Vergabeausschuss die Zuschlagserteilung vorzunehmen hatte.

Etwas skurril wirkt die - gemessen am finanziellen Aufwand den ja der Bund trägt - geringe Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2019 mit der Option der Verlängerung. Dies findet seine Ursache darin, dass bauplanungsrechtlich seit 2015 die seinerzeit angekündigten Planverfahren bislang keinen Fortschritt haben erkennen lassen. Die Verantwortung dafür liegt aber ausschließlich beim Grundstückseigentümer und der Gemeinde Bad Saarow. Ich sage nur eins: BiMA Ich habe mit diesem Standort seit 2015 so viel Theater gehabt. Wenn wir da jetzt drinsitzen, muss man uns schon raustragen.

Die Vorstellung des Betreiberunternehmens erfolgte in einer Bürgerversammlung in Petersdorf im August. Dabei wurden das Betreuungskonzept, einschließlich der Migrationssozialarbeit sowie auch das Sicherheitskonzept sowie des Bewachungsregimes erläutert.

Um die Vorbehalte, die in der Bürgerversammlung erkennbar wurden, auszuräumen, wurde der Gemeinde angeboten, über einen Runden Tisch einen engen Kontakt zur Flüchtlingsunterkunft zu halten. Der Bürgermeisterin sowie dem Ortsvorsteher wurden Angebote unterbreitet, die Flüchtlingsunterkunft nach Anmeldung jederzeit besuchen und mit dem Betreiberunternehmen ins Gespräch kommen zu können.

Als vertrauensbildende Maßnahme wurde zudem am 14. September ein Tag der offenen Tür durchgeführt, bei dem sowohl der Betreiber als auch der Landrat und das Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration als Ansprechpartner zur Verfügung standen.

Etwa 50 Anwohner und Interessierte, aber auch künftige Bewohner, nutzten diese Gelegenheit, um sich über die Unterbringung und die Integrationsangebote ausgiebig zu informieren.

8.

Hinsichtlich des kommunalen Jobcenters möchte ich die Schließung der Regionalstelle Storkow bis zum Jahresende 2018 bekannt gegeben. Diese hat ihre Ursache darin, dass seit der Einführung des SGB II im Jahre 2005 sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die von Arbeitslosengeld II leben, im gesamten Kreisgebiet von 16.000 Bedarfsgemeinschaften auf 8000 halbiert hat.

Diese Entwicklung vollzog sich mit Blick auf die einzelnen Regionalstellen unterschiedlich stark. So ist der Rückgang in Storkow überdurchschnittlich und demgegenüber in Fürstenwalde eher unterdurchschnittlich stark ausgefallen.

In Storkow waren bei der Einführung des SGB II im Jahre 2005 über 1000 Bedarfsgemeinschaften in der Betreuung. Bis zum Jahr 2018 sank deren Anzahl auf unter 450. Dieser Rückgang führte bereits in den vergangenen Jahren am kleinsten Standort immer wieder zu arbeitsorganisatorischen Herausforderungen.

So lässt sich in Urlaubszeiten die personelle Absicherung der Sprechzeiten nur eingeschränkt oder durch Unterstützung anderer Regionalstellen gewährleisten. Spezielle Arbeitsbereiche, wie zum Beispiel der Arbeitgeberservice oder die Betreuung der Selbstständigen wurden bereits 2016 von Beeskow aus für Storkow mit übernommen.

Die aktuell am Standort Storkow tätigen zwölf Mitarbeiter/innen werden nach der Schließung in der Regionalstelle Beeskow bzw. in Fürstenwalde eingesetzt. Der bis dato gültigen Zuständigkeitsbereich der Regionalstelle Storkow wird größtenteils der Regionalstelle Beeskow zugeordnet.

Ein kleinerer Teil wird zukünftig durch die Regionalstelle Fürstenwalde bearbeitet. Über die Neuordnung der Zuständigkeitsbereiche durch die Schließung der Regionalstelle Storkow hinaus, werden noch weitere kleinere Korrekturen vorgenommen.

Mit der Zuständigkeitsänderung sollen die vier verbleibenden Regionalstellen gestärkt und ein Ausgleich bestehender Unterschiede bei den Betreuungsschlüsseln erreicht werden.

9.

Am 18.9.2018 führte die Landesregierung den Auftakt zu ihrer neuen Runde der Kabinettsreise auf der Burg in Beeskow durch.

Die gemeinsame Tagung der Leitungsebene des Landkreises mit dem brandenburgischen Landeskabinettt hatte zunächst eine atmosphärische Bedeutung.

Nach der kontroversen Diskussion um die Reformvorhaben Kreisgebietsreform und Funktionalreform in 2017 galt es, der Zusammenarbeit eine neue einvernehmliche Grundlage zu geben. In diesem Zusammenhang hatte der Ministerpräsident im November letzten Jahres angekündigt, ein engeres Verhältnis zur kommunalen Ebene zu etablieren.

Die kommunale Seite hatte ihrerseits über den Landkreistag und in Städte und Gemeindebund zugesagt, einzelne Probleme bei der Aufgabendurchführung in enger kommunaler Kooperation und unterhalb der Schwelle der Zwangsfusion bewältigen zu wollen.

Ich habe eingangs der Kabinettsitzung bekräftigt, dass wir weiter zu den Zusagen des Landkreistages Brandenburg stünden und in diesem Zusammenhang auch bereits sondierende Gespräche im Hinblick auf gegebene Schnittstellen und mögliche Kooperationen mit der Verwaltung der Stadt Frankfurt (Oder) und mit dem neugewählten Frankfurter Oberbürgermeister René Wilke in Gang gekommen seien.

Neben den bereits bestehenden Formen der Zusammenarbeit werde über weitere Bereiche nachgedacht, etwa den Kulturbereich, die Zusammenarbeit zwischen den Ausländerbehörden, die Zusammenarbeit der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter sowie der Gesundheitsämter und die Stärkung der Kooperation im Rahmen des gemeinsamen Wirtschaftskerns zwischen Eisenhüttenstadt und Frankfurt (Oder).

Ein weiteres Thema der Kabinettsitzung waren darüber hinaus grundlegende Fragen der inneren Sicherheit - auch in Verbindung mit dem Komplex Migration, Integration und Fremdgefährdungen durch psychisch schwer gestörte Bürger.

Ein bedeutender Teil der Gespräche war der Zukunft des Kunstarchivs und des Dokumentationszentrums Alltagskultur in der DDR gewidmet. Hier war die Ministerin Frau Dr. Martina Münch nicht mit leeren Händen gekommen und übergab uns einen Fördermittelbescheid über 200.000 €, die für eine neue Regalanlage in den Räumlichkeiten des alten Kreisarchivs vorgesehen sind, in denen die Bestände vom alten Speicher an der Spree in den nächsten Monaten umziehen werden.

Ich erblicke hierin ein gutes Zeichen für die anstehenden Verhandlungen mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wenn es darum geht, die Vereinbarung über die treuhänderische Verwaltung der Kunstgegenstände im Auftrage der Eigentümer auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen.

Die Ministerin hat uns hier volle Unterstützung zugesagt. Die Gespräche hierüber werden auf der Arbeitsebene in den kommenden Monaten bis April 2019 geführt und zum Abschluss gebracht werden.

10.

Ein weiteres kulturelles Ereignis Anfang September fand mit dem Festival "Film ohne Grenzen" in Bad Saarow statt. Hier werden alljährlich seit 2013 Dokumentar-, Spiel- und Kurzfilme gezeigt, die die Möglichkeiten und Chancen des Zusammenlebens in einer vielfältigen ausdifferenzierten Gesellschaft ausloten. Die Gastgeberinnen konnten namhafte Künstler wie Volker Schlöndorff und Wolfgang Kohlhaase nach Bad Saarow locken. Ich sehe hier einen gelungenen Ansatz, Bad Saarow als überregionalen Kulturort weiter auszubauen, ihm eine strukturstärkende Multiplikatorenfunktion im Landkreis zuzuweisen.

Die Initiatorinnen haben bewiesen, dass sie die Berliner Kulturszene für Bad Saarow einnehmen können. Hier zeigt sich ein wichtiger Baustein eines intelligenten Regionalmarketings, das bereits bestehende Ansätze in Tourismus und Wirtschaft durch den Kulturaspekt sinnvoll ergänzt. Insbesondere erwies sich hier wiederum die Stärke einer vitalen Bürgergesellschaft.

Deshalb gilt ein Dank der Familie von Salmuth, die ihr herrliches Grundstück der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat, um diesem Filmfestival den passenden Ort zu geben - ein wohltuendes gesellschaftliches Engagement, wie wir es gerade im Moment in Deutschland so dringend brauchen.

11.

Am 25. August hatte die Kreisverwaltung zu einem Tag der offenen Tür geladen. Alle Ämter standen an diesem Tag interessierten Bürgern und Abgeordneten Rede und Antwort. Zudem konnte einmal ein Blick hinter die Kulissen der Kreisverwaltung geworfen werden und wer wollte, konnte auch in meinem Büro mit dem Landrat ins Gespräch kommen.

Das Besucheraufkommen war sicherlich überschaubar, was einerseits im Hinblick auf die Vorbereitungsaktivitäten etwas schade war, andererseits aber auch zeigt, dass die Bürger durchaus zufrieden mit der Arbeit ihrer Kreisverwaltung sind. Zumindest scheinen keine gravierenden Mängel bei der Ansprechbarkeit des Landrats und seiner Verwaltungsleitung gegeben zu sein. Herr Gehm, Frau Teltewsjaka und Frau Zarling standen in den Regionalstellen Fürstenwalde, Erkner, Eisenhüttenstadt zur Verfügung.

Das ist auch im Alltag durchaus wahrzunehmen. Um mich hier auch selbst offener gegenüber den Bürgern zu präsentieren, nutze ich neben den offiziellen Gesprächsgelegenheiten, wie Mitarbeitergespräche, Bürgersprechstunden und dem Beschwerdemanagement ganz bewusst auch Alltagsgelegenheiten, wo man die Politik ansonsten nicht trifft, für Gespräche mit Bürgern. Die Bürger wissen das auch und nutzen diese Gelegenheiten, etwa bei Veranstaltungen auf den ich mich bewege oder auch schlicht mal beim Einkaufen. Wir sehen uns da immer im Dienst.

12.

Wie ich das bereits angekündigt habe, liegt mir sehr viel daran, die tradierten kommunalen Partnerschaften neu zu beleben. Nachdem Herr Buhrke und ich im vergangenen Jahr bereits die Gelegenheit hatte, den Landrat des Landkreises Celle, Herrn Wiswe, anlässlich einer

gemeinsamen Feuerwehr- und Katastrophenschutzübung zu begrüßen, habe ich in der 29. Kalenderwoche der Stadt Krefeld sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens einen Besuch abgestattet.

Wir sind hier großartig aufgenommen worden. Es zeigte sich, dass die Erwartungen an die Neubelebung alter Beziehungen nicht nur einseitig sind, Im Übrigen wurden diese insbesondere auch von Bürgern an die jeweiligen Verwaltungen herangetragen werden.

Mit der Stadt Krefeld verbindet uns ohnehin eine 30jährige Partnerschaft im September 2020, ein 1991 abgeschlossenes Kulturabkommen. Wir haben nun verabredet, dass dieses den gegenwärtigen Begegnungsbedürfnissen angepasst wird und auf eine neue Grundlage gestellt werden soll.

Wir wollen die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kultur im nächsten Jahr ganz gezielt einem gemeinsamen Thema widmen.

2019 werden 100 Jahre Bauhaus festlich begangen. Hier ergeben sich Berührungspunkte zwischen dem Dokumentationszentrum Alltagskultur in der DDR und den baulichen Schätzen der Stadt Krefeld.

Darüber hinaus ist man in Krefeld sehr interessiert an einem Jugendaustausch, der auch durchaus trinational - also unter Einbezug von polnischen und belgischen Jugendlichen durchgeführt werden könnte.

Für den Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ost Belgien, Oliver Paasch, spielt natürlich das Thema Europa die herausragende Rolle. - gerade mit Blick auf die Europawahl und die bayrische Diskussion - die Grenzen wieder stärker zu betonen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat Bundesstaatsstatus, besitzt also ein Parlament und auch die Kompetenz für eine eigenständige Außenpolitik. Sie ist auch über einen Botschaftsrat in der Belgischen Botschaft vertreten, was die Erreichbarkeit und die Kontaktmöglichkeiten erleichtert. Unsere belgischen Partner haben ganz intensive Beziehungen in den Apparat der EU, wovon wir in der Vergangenheit ebenfalls profitieren konnten.

Insofern sind wir gut beraten, diese alten Kontakte zu pflegen und zu hegen. Wir können hier eine wichtige Vermittlungs- und Brückenfunktion zwischen Belgien und Polen einnehmen.

Und wir haben im Westen Deutschlands Modellregionen, deren europäische Erfahrungen sich auch auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen übertragen lassen. Und hierzu haben wir ja am letzten Donnerstag einen weiteren Schritt gewagt, als sich die Kreistage des Landkreises Slubice und des Landkreises Oder-Spree zu einer

gemeinsamen Kreistagssitzung zusammenfanden. Das mag anfangs sicherlich ein etwas holpriges Unterfangen sein, aber das kommt in Gang, das gewinnt Fahrt, wenn wir alle es wollen - und diesbezüglich habe ich mit Blick auf unseren Kreistag keine Zweifel.